Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5227**

16. Wahlperiode 08. 05. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Lazar, Volker Beck (Köln), Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5081 –

Nationale und internationale Verbindungen zur Leugnung des Holocaust

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Teilnahme einiger deutscher Revisionisten an der Holocaustleugnerkonferenz in Teheran, die Leugnung des Holocaust von iranischer Seite auf der Münchner Sicherheitskonferenz und die rechtskräftige Verurteilung Ernst Zündels haben die Problematik der Holocaustleugnung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Für Aufsehen sorgte zuletzt der Anschlag am 25. Februar 2007 auf den Kindergarten Gan-Israel in Berlin-Charlottenburg, wo die Wände und selbst Spielzeug mit „Scheiß Juden", „Auschwitz", „Weg hier", Hakenkreuzen und Runen beschmiert und zerstört wurden.

Wissenschaftliche Studien (Heitmeyer „Deutsche Zustände" 2006, Decker & Brähler „Vom Rand zur Mitte" 2006) sowie Vorkommnisse bei der Polizei in Hessen (Personenschützer von Michel Friedman) und Berlin (z. B. die Ablehnung, an Unterrichtsstunden zum Holocaust teilzunehmen), teilweise mit rechtsextremen und antisemitischen Tendenzen, bescheinigen darüber hinaus zunehmend eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland – darin beinhaltet auch hohe Zustimmungswerte für antisemitische Einstellungen.

Aus der deutschen Geschichte resultiert eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, die eine genaue Beobachtung der Aktivitäten von Revisionisten und deren Verbindungen untereinander verlangt.

1. Welche Verbindungen zwischen den deutschen Holocaustleugnern, die auf der so genannten Holocaustkonferenz im Iran waren, und der deutschen rechtsextremen Szene sind der Bundesregierung bekannt?

Die deutschen Staatsangehörigen, die an der Konferenz teilgenommen haben, gehören dem Spektrum des rechtsextremistischen Publizismus sowie der NPD an. Soweit eine Organisationszugehörigkeit dieser Personen bekannt ist, dürften diese nicht als Abgesandte bestimmter Organisationen erschienen sein. Lediglich der Vorsitzende des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten" (VRBHV), der Schweizer Staatsbürger Bernhard Schaub, trat während der Konferenz als Funktionär in Erscheinung.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 7. Mai 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

a) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Grad der Vernetzung ein?

Nach Einschätzung der Bundesregierung kann nicht von einer „Vernetzung“ gesprochen werden, da lediglich einzelne Kontakte bestehen. Holocaustleugner geben vor, Wissenschaftler zu sein und vermeiden in der Regel offene Beziehungen zu rechtsextremistischen Organisationen.

b) Welche Veranstaltungen zur Leugnung des Holocaust haben nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der vergangenen zehn Jahre in Deutschland stattgefunden?

In den letzten zehn Jahren fanden in Deutschland eine Vielzahl rechtsextremistischer Veranstaltungen, in denen der Holocaust thematisiert wurde, statt. Veranstaltungen, deren erklärtes Ziel die Leugnung des Holocaust war, sind der Bundesregierung nicht bekannt.

c) Welche Veranstaltungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung zur Leugnung des Holocaust in Deutschland geplant, und wo sollen diese stattfinden?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

d) Inwieweit ist das Collegium Humanum in Vlotho, welches von Rechtsextremisten als Zentrum für Antisemitismus und Holocaustleugnung genutzt wird, nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

Für die revisionistische Szene bietet das Collegium Humanum (CH) organisatorische und ideologische Unterstützung. Einzelne deutsche Teilnehmer an der „Holocaust-Konferenz“ sind als Verfasser von Beiträgen in der Publikation des CH „Lebensschutz-Informationen – LSI – Stimme des Gewissens“ (LSI) aufgefallen.

Horst Mahler, einer der bekanntesten deutschen Holocaust-Leugner und Hauptaktivist des CH, konnte wegen der Verbüßung einer Freiheitsstrafe nicht an der Konferenz teilnehmen.

e) Inwieweit ist der rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung verurteilte Horst Mahler nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung und welche Rolle nimmt er dort ein?

Auf die Antwort zu Frage 1d wird hingewiesen.

f) Inwieweit ist der rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung verurteilte Ernst Zündel nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung und welche Rolle nimmt er dort ein?

Aufgrund der langen Zeit, die sich Ernst Zündel bereits in Haft befindet, sind die persönlichen Kontakte zu internationalen Revisionisten seit mehreren Jahren abgeklungen. Sie beschränken sich zumeist auf gegenseitige Unterstützungsbekundungen, die überwiegend über das Internet ausgetauscht werden.

Die Webseite Zündels ist mit weiteren bekannten revisionistischen Institutionen, u. a. den Homepages des „Institute for Historical Review“, dem „Adelaide Institute“, der Stiftung „Vrij Historisch Onderzoek“ und der Homepage des US-amerikanischen Revisionisten Arthur Butz verlinkt.

g) Inwieweit sind die NPD und/oder deren Funktionäre nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

Der mit israelfeindlichen und holocaustleugnenden Äußerungen hervorgetretene iranische Staatspräsident Mahmoud Ahmadinedschad wurde in der August-Ausgabe 2005 des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ (DS) als „glaubwürdiger, konservativer Revolutionär“ bezeichnet, der „seinem Volk Hoffnung“ mache.

In der DS vom Februar 2007 interviewt der stellvertretende DS-Chefredakteur unter dem Titel „Alleinkriegsschuld-These und das Holocaustthema zur Quasi-Staatsreligon erhoben“ den Kölner NPD-Funktionär Dr. Benedikt Frings, der an der internationalen „Holocaust-Konferenz“ in Teheran teilgenommen hatte. Frings zeigte dabei offen seine Sympathie für den antisemitisch konnotierten Antizionismus des iranischen Regimes.

h) Inwieweit ist der Herforder NPD-Kreisvorsitzende Jürgen Niemeyer nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

Niemeyer unterhält Kontakte zur revisionistischen Szene.

i) Welche freien Kameradschaften sind nach Kenntnis der Bundesregierung in welchem Umfang Teil dieser ideologischen Verbindung?

Eine grundsätzliche revisionistische und antisemitische Einstellung ist der Neonazi-Szene, die ihr Weltbild auf dem historischen Nationalsozialismus begründet, immanent. Insofern dürften Kameradschaften die ideologischen Grundzüge deutscher Revisionisten auch grundsätzlich teilen.

j) Inwieweit ist der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ oder ihr Vorsitzender Bernhard Schaub nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

Eine messbare Einflussnahme des Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten (VRBHV) auf die gesamte rechtsextremistische Szene ist der Bundesregierung nicht bekannt.

2. Welche Verbindungen zwischen den internationalen Holocaustleugnern auf der so genannten Holocaustkonferenz im Iran und der deutschen rechtsextremen Szene sind der Bundesregierung bekannt?

Die am Rande der „Holocaust-Konferenz“ in Teheran gegründete „Internationale Stiftung zur Untersuchung des ‚Holocausts‘“ (ISUH) stellt eine nationenübergreifende Verbindung im weiteren Sinne dar. Über die Mitgliedschaft deutscher Rechtsextremisten in der ISUH liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

a) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Grad der Vernetzung ein?

Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen.

b) Inwieweit ist das Collegium Humanum nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

c) Inwieweit ist der rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung verurteilte Horst Mahler nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung und welche Rolle nimmt er dort ein?

Auf die Antwort zu Frage 1d wird verwiesen.

d) Inwieweit ist der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ oder ihr Vorsitzender Bernhard Schaub nach Kenntnis der Bundesregierung Teil dieser ideologischen Verbindung?

Auf die Antwort zu Frage 1j wird verwiesen.

3. Welche europäischen Verbindungen und Strukturen sind der Bundesregierung zur Vernetzung von Holocaustrelativierern und Holocaustleugnern bekannt?

Auf die Antwort zu Frage 1a wird hingewiesen.

4. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft gegen internationale Bestrebungen zur Leugnung und/oder Relativierung des Holocaust?

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich – auch mit Blick auf die besondere historische Verpflichtung Deutschlands – entschieden, die europaweite Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder auf die politische Agenda zu setzen. Sie hat deshalb die seit 2005 auf Eis liegenden Verhandlungen über den Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder aufgenommen. Auf dem Rat der europäischen Justizminister am 19. April 2007 gelang es, eine politische Einigung über den Rahmenbeschluss herbeizuführen.

Der Rahmenbeschluss sieht eine Mindestharmonisierung von Strafvorschriften zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Im Mittelpunkt steht das Verbot der öffentlichen Aufstachelung zu Gewalt und Hass gegen Menschen anderer Rasse, Hautfarbe, Religion oder nationaler wie auch ethnischer Abstammung. Auch das öffentliche Billigen, Leugnen oder grobe Verharmlosen von Völkermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen aus rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven ist unter Strafe zu stellen, wenn damit zugleich rassistische oder fremdenfeindliche Hetze betrieben wird.

Mit der Einigung über den Rahmenbeschluss setzt die Europäische Union ein deutliches Signal gegen Rassismus und Intoleranz.

5. Welche nationalen Verbindungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und antisemitischen Islamisten sind der Bundesregierung bekannt?

Im Hinblick auf die teilweise bestehenden ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Lagern waren in der Vergangenheit Hinweise auf eine punktuelle Annäherung zwischen Rechtsextremisten und Islamisten feststellbar. Hinweise auf eine organisierte Zusammenarbeit zwischen den beiden Lagern liegen der Bundesergierung hingegen nicht vor.

6. Welche internationalen Verbindungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und antisemitischen Islamisten sind der Bundesregierung bekannt?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

7. Welche Folgen haben die Aktivitäten deutscher Holocaustleugner für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt?

Die Aktivitäten deutscher Holocaust-Leugner sind geeignet, dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zuzufügen. Die Bundesregierung tritt allen Versuchen der Holocaust-Billigung, -Verharmlosung oder -Leugnung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit umfassenden Informations-, Aufklärungs- und strafrechtlichen Maßnahmen konsequent entgegen. Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

8. Welche weiteren Maßnahmen zur Aufklärung über den Holocaust schlägt die Bundesregierung vor?

Die Bundesregierung widmet den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus in besonderer Weise und dauerhaft Aufmerksamkeit. Besonders hervorzuheben ist das am 1. Januar 2007 gestartete Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit Präventivmaßnahmen, die nachhaltig gegen Rechtsextremismus und andere Formen des extremistischen Denkens und Handelns gerichtet sind.

Auf internationaler Ebene wird die Bundesregierung weiterhin Bemühungen und konkrete Projekte von EU, OSZE, den Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, die Aufklärung über den Holocaust und Bekämpfung von Antisemitismus zum Ziel haben, unterstützen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333